

«Fusions-Turbos» sollen abtreten

KOMMENTAR

STADTREGION Exekutivmitglied, die für Fusionsverhandlungen eingestanden sind, sollen zurücktreten, fordern Fusionsgegner. Das sehen die Betroffenen ganz anders.

CHRISTIAN BERTSCHI
christian.bertschi@luzernerzeitung.ch

Im kommenden Mai werden die Gemeinderäte im ganzen Kanton neu gewählt. Die Stadtregion-Abstimmungen der letzten Tage könnten diese Wahlen zusätzlich beeinflussen. Denn sowohl in Ebikon wie auch in Kriens haben die Fusionsgegner noch am Abstimmungstag gesagt, dass «Aussonberufende Exekutivmitglieder nicht mehr wählbar» seien. Helmut Agustoni, Präsident der IG-Ebikon, hofft, dass «der Gemeinderat den Willen aufbringt, entweder den eigenständigen Weg gezielt weiterzuverfolgen oder neuen Kräften Platz zu machen».

«Klares Misstrauen gegen Politik»

Noch deutlicher ist die Sprache der SVP Kriens. In einem offenen Brief schreibt Werni Birrer, ehemaliger Präsident der Partei und heute im Kanton Obwalden wohnhaft: «Das Votum der Bürgerschaft ist als klares Misstrauen gegen die Politik der Fusionsbefürworter zu werten.» Wer als Exekutivmitglied also nicht an die Eigenständigkeit seines von ihm vertretenen Gemeinwesens glaube, sei nicht mehr wählbar. «Ich fordere diese Gemeinderäte auf, auf eine Wiederkandidatur im Frühling zu verzichten.» Birrer betont, dass diese Forderung nicht eine Idee eines Einzelnen, sondern die Meinung der SVP Kriens sei. Ins gleiche Horn bläst nun auch die Junge SVP des Kantons Luzern in einer gestern veröffentlichten Stellungnahme.



Christian Bertschi über die Forderung nach Rückritten von Gemeinderäten

Überrissene Forderung

Das Projekt «Starke Stadtregion» ist hochkant geplant. Es wurde in Kriens, Ebikon und jüngst auch in Adligenswil mit überwältigenden Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Befürworter der Stadtregion sind in diesen drei Gemeinden auf der ganzen Linie gescheitert. Entsprechend werden jetzt Rücktrittsaufforderungen von den Siegen an die fusionsfreundlichen Gemeinderäte gerichtet. Was wie ein logischer Schritt erscheint, ist aber gefährlich. In der Konsequenz könnte man nach jeder von einem Gemeinderat verlorenen Sachabstimmung dessen Rücktritt verlangen.

Zugegeben: Das Projekt Stadtregion betraf die Grundfesten der Gemeindeautonomie und war

deshalb entsprechend wichtig. Dennoch war es lediglich ein Projekt von vielen, das die Gemeinderäte in Kriens, Ebikon und Adligenswil in den letzten Monaten und Jahren beschäftigt hat. Bei praktisch allen anderen Vorlagen auf kommunaler Ebene folgte der Souverän den Exekutiven.

Einen Rücktritt oder eine Abwahl wegen einer verlorenen Abstimmung zu fordern, ist deshalb überrissen. Ist das Stimmvolk mit der Arbeit seines Gemeinderates ganz generell nicht zufrieden, oder erachtet es das Projekt Stadtregion tatsächlich als derart gewichtig, wird es am 6. Mai die Zusammensetzung der Exekutiven bei den Wahlen korrigieren.

christian.bertschi@luzernerzeitung.ch

einer solchen Ansicht nicht auch ein Finanzchef, dessen Budget abgelehnt wird, zurücktreten? Das kann nicht so sein, so funktioniert unser politisches System nicht.»

In Ebikon traten vor der Abstimmung Gemeindepräsident Josef Burri (CVP) er tritt auf Ende Legislatur zurück, Herbert Lustenberger (CVP) und Ruedi Kaufmann (FDP) in der Öffentlichkeit als Befürworter der Stadtregion auf. Bauvorsteher Peter Schätti (SP) hielt sich zurück, obwohl auch er zu den Befürwortern zählte. Schätti hat sich noch nicht entschieden, ob er zur Wiederwahl antritt, die Gespräche mit der Partei laufen. Zur SVP-Idee sagt er: «Dass Fusionsgegner solche Forderungen stellen, ist nichts Neues.» Es gehöre zur Führungsaufgabe des Gemeinderates, strategische Überlegungen anzustellen. «Aus diesem Grunde haben wir gerade in meinem Ressort unsere Strategien mit der Orts- und Richtplanung auch immer vorangetrieben. Es wurde kein Projekt verzögert, nur weil wir auf eine Fusion geschickt hätten», sagt Peter Schätti.

Weit aus dem Fenster gelehnt

In Emmen haben sich Gemeinde- wie Einwohnerrat für die Aufnahme von Fusionsverhandlungen ausgesprochen und beifürworten eine entsprechende Volksinitiative, die am 11. März zur Abstimmung gelangt. Was, Gemeinderätepräsident Thomas Willi (CVP), wenn Emmen die Fusionsgelüste des Gemeinderates zurückweist? «Diese Frage stellt sich heute noch nicht», sagt Willi. Persönlich habe er sich als Sprecher der Projektorganisation sicher weit aus dem Fenster hinausgelehnt. Grundsätzlich sei es aber die Pflichterfüllung des Gemeinderates, sich für Visionen und Projekte einzusetzen, auch wenn man die Unterstützung vom Volk nicht in jedem Fall erhalte. «Ansonsten käme dies ja einer Aufforderung für die Gemeinderäte gleich, zurückzulehnen und gemühtlich vor sich hin zu wirtschaften.»